



Die neue Arbeitsmarktpolitik – was bringt sie für Dienstleistungsberufe?

beim 6. rhw-Symposium
„Arbeitsmarkt Hauswirtschaft – Dienstleistung, Ausbildung und
Zukunftsperspektiven“
am 23. April 2004 in Augsburg

Dr. Claudia Weinkopf
Institut Arbeit und Technik
Wissenschaftszentrum NRW

Gliederung

- **Die „neue“ Arbeitsmarktpolitik**
 - ⇒ Leitlinien
 - ⇒ Neue Beschäftigungsformen
- **Potenzielle Auswirkungen für Dienstleistungsberufe**
- **Chancen und Risiken in der Hauswirtschaft**
 - ⇒ Steuerliche Förderung und Dienstleistungsagenturen
- **Fazit**

Die „neue“ Arbeitsmarktpolitik: **Leitlinien**

- **„Fördern und Fordern“**
 - ⇒ Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe
 - ⇒ Verschärfung der Zumutbarkeit
 - ⇒ Vermittlung auch in Minijobs
- **Aktivierung - Beratung und Unterstützung aus einer Hand**
 - ⇒ Profiling, Fallmanagement und Eingliederungsvereinbarungen
 - ⇒ Einrichtung von Job Centern
- **neue Akzente in der arbeitsmarktpolitischen Förderung**
 - ⇒ weniger und kürzere Qualifizierung
 - ⇒ deutlich weniger öffentlich geförderte Beschäftigung
 - ⇒ neue Beschäftigungsformen

Die „neue“ Arbeitsmarktpolitik: **Neue Instrumente**

- **Förderung „kleiner“ und eher niedrig bezahlter Beschäftigungsverhältnisse - insbesondere im Bereich „einfacher“ Dienstleistungen**
 - ⇒ Mini- und Midijobs
 - ⇒ Ich-AG
- **Personal-Service-Agenturen**
 - ⇒ Deregulierung der Arbeitnehmerüberlassung
 - ⇒ tarifliche Regelung

Mini- und Midijobs: **Regelungen**

■ **Minijobs**

- ⇒ Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenze auf 400 € pro Monat + Aufhebung der Arbeitszeitgrenze
- ⇒ für Beschäftigte steuer- und beitragsfrei (auch als Nebenjob)
- ⇒ Arbeitgeber zahlt 25 % Pauschalabgaben; ermäßigter Satz für Privathaushalte: 12 %

■ **Midijobs**

- ⇒ Einkommensbereich zwischen 400,01 und 800 €
- ⇒ degressiv gestaffelte arbeitnehmerseitige Sozialabgaben (4 bis 21 %)
- ⇒ Arbeitgeber zahlt normalen Beitragssatz (ca. 21 %)

Minijobs: Chancen und Risiken

Chancen

- zusätzliche Beschäftigung
- Legalisierung von Schwarzarbeit
- einfacher Berufseinstieg
- zusätzlicher Nebenverdienst
- zusätzliche Einnahmen der Sozialversicherung

Risiken

- Verdrängung bestehender Jobs
- Einnahmeverluste der Sozialversicherung
- keine Existenzsicherung
- unzureichende soziale Absicherung
- arbeitsrechtliche Nachteile
- Benachteiligung von Frauen

Ich-AG: **Regelungen**

- **verstärkte Förderung von Gründungen durch zuvor Arbeitslose durch „Existenzgründungszuschuss“**
 - ⇒ **Gewinn** max. 25.000 € pro Jahr
 - ⇒ **Förderung** über max. 3 Jahre - pro Monat
 - 600 € im ersten Jahr
 - 360 € im zweiten Jahr
 - 240 € im dritten Jahr
 - ⇒ **Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung**: ca. 235 € pro Monat (Westdeutschland)
 - ⇒ freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung: ca. 190 € monatlich (Westdeutschland)
- **vergleichsweise hohe Inanspruchnahme**
 - ⇒ ca. 127.000 Ich-AG's (davon 12.000 bereits gescheitert)

Ich-AG: Chancen und Risiken

Chancen

- mehr „kleine“ Existenzgründungen
- Alternative zur Arbeitslosigkeit
- „Rückkehroption“ bei Scheitern
- kostengünstige Dienstleistungsangebote
- mehr Nachfrage
- Umwandlung von Schwarzarbeit

Risiken

- schlechte Vorbereitung + mangelnde Eignung
- hohe Gefahr des Scheiterns
- Selbstausbeutung
- keine ausreichende Existenzsicherung
- Verdrängung bestehender Arbeitsplätze bzw. Anbieter
- Preisdumping

Personal-Service-Agenturen: **Regelungen**

- **Vermittlungsorientierte Zeitarbeit**
 - ⇒ Zielsetzung: „Klebeeffekt“ (Übernahme in Entleihbetrieb)
- **Flächendeckende Einrichtung von PSA über Ausschreibung von „Losen“**
- **Einstellung von Arbeitslosen für 9 bis 12 Monate**
 - ⇒ Organisation von betrieblichen Einsätzen
 - ⇒ ergänzende Qualifizierung und Unterstützung
- **gestaffelte Subventionen und Eingliederungsprämien**
 - ⇒ „Grundbetrag“ durchschnittlich ca. 1.100 €

Personal-Service-Agenturen: Chancen und Risiken

Chancen

- „Klebeeffekt“
- Eingliederung von schwer Vermittelbaren
- Arbeitserfahrung + Qualifizierung und Beratung
- Verbesserung der Wiedereingliederungschancen

Risiken

- Gefahr des Subventionsmissbrauchs
- Verdrängung bestehender Zeitarbeit
- Verdrängung bestehender Arbeitsplätze
- unzureichende Unterstützung der Wiedereingliederung
- Lohn- und Preisdumping

Deregulierung der Arbeitnehmerüberlassung

- **Aufhebung zahlreicher Beschränkungen seit Anfang 2004**
 - ⇒ z.B. Befristung, Synchronisationsverbot, Wiedereinstellung
- **gesetzliche Vorgabe: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ (equal pay) oder Tarifvertrag**
 - ⇒ Abschluss mehrerer Tarifverträge im Laufe des Jahres 2003
 - auch mit DGB-Gewerkschaften
 - ⇒ niedrige Löhne insbesondere im Helferbereich:
 - Westdeutschland: zwischen 6,01 und 7,07 €
 - Ostdeutschland: zwischen 5,60 und 6,11 €
- ➔ **Rückwirkungen auf das Tarifgefüge in anderen Branchen**
 - ⇒ z.B. Gebäudereinigung: neuer Tarifvertrag mit deutlicher Absenkung der Löhne

Zwischenfazit: **Auswirkungen für Dienstleistungsberufe**

- **Ausweitung von gering entlohnten und schlecht abgesicherten Arbeitsplätzen**
 - ⇒ völlig offen: zusätzliche Beschäftigung oder Verdrängung anderer Arbeitsplätze?
- **Druck auf das bestehende Lohnniveau - z.B. durch**
 - ⇒ niedrige Zeitarbeitstarife
 - ⇒ Drohung mit Einsatz von PSA-Kräften
 - ⇒ Kostenvorteile von Minijobs, Ich-AG's
 - ⇒ Verschärfung der Zumutbarkeit
- **Unterstellung „einfache Dienstleistungen“ gefährdet**
 - ⇒ berufliche Standards
 - ⇒ Professionalität
 - ⇒ Qualität

Hauswirtschaft: **Chancen und Risiken**

- **Besondere Betroffenheit von allgemeinen Risiken**
 - ⇒ Preis- und Lohndruck
 - ⇒ Dequalifizierung
 - ⇒ Entprofessionalisierung
 - ⇒ Verdrängung bestehender Arbeitsplätze

- **Chancen evtl. im Bereich haushaltsbezogener Dienstleistungen für Privathaushalte**
 - ⇒ mehr legale Beschäftigung
 - ⇒ Zurückdrängung von Schwarzarbeit
 - ⇒ verbesserte Rahmenbedingungen für Dienstleistungsagenturen?

Steuerliche Förderung

- Abzug eines Teils der Kosten für die Inanspruchnahme von legal erbrachten haushaltsbezogenen Dienstleistungen von der Steuerschuld
 - ⇒ für Minijobs:
 - 10 % der Kosten (max. 510 € pro Jahr)
 - ⇒ für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung:
 - 12 % der Kosten (max. 2.400 € pro Jahr)
 - ⇒ für Dienstleistungen von Unternehmen:
 - 20 % der Kosten (max. 600 € pro Jahr)
- positiv: Förderung unabhängig von Haushaltseinkommen und Grenzsteuersatz

Verbesserte Chancen von Dienstleistungsagenturen?

- **Erstmals Abzug eines Teils der Kosten für Dienstleistungen von Agenturen von der Steuerschuld**
 - ⇒ aber nur für Steuerpflichtige
 - ⇒ nur bis 600 € pro Jahr (ca. 2,5 Stunden pro Woche)
 - ⇒ 20 % ist wenig mehr als anfallende Mehrwertsteuer (16 %)
- **Förderung der Nachfrage, nicht der Dienstleistungsagenturen direkt**
 - ⇒ Beitrag zur Marktfähigkeit der Agenturen nur bei entsprechenden Preiserhöhungen
 - ⇒ Kundenakzeptanz?
- **Verbesserte Chancen für bestehende Agenturen, aber wenig Unterstützung für Neugründungen**

Fazit

■ Chancen:

- ⇒ mehr Dienstleistungsbeschäftigung
- ⇒ zusätzliche kostengünstige Angebote
- ⇒ Legalisierung von Schwarzarbeit

■ Risiken:

- ⇒ unzureichende Existenzsicherung und schlechte soziale Absicherung bei neuen Beschäftigungsformen
- ⇒ Verdrängung bestehender Arbeitsplätze
- ⇒ Dequalifizierung und Entprofessionalisierung
- ⇒ Verschlechterung der Qualität von Dienstleistungen